

Von Mücken und Elefanten

Reflexionen über den Terrorismusdiskurs

FLORIAN P. KÜHN

Seit dem 11. September 2001 hat sich der Diskurs über den Terrorismus, der ein definierender Bestandteil des Heimatdiskurses über internationale Politik ist, wesentlich gewandelt. In diesem Kapitel soll die Wandlung dessen, was als Terrorismus verstanden wird und die Wahrnehmung des Terrorismus als etwas unmittelbar und existenziell Bedrohliches zu einer durchaus beherrschbaren, das Gemeinwesen nicht im Kern gefährdenden Störung nachgezeichnet werden. Zu diesem Zweck soll daran erinnert werden, dass der Begriff des Terrorismus seit seiner Entstehung im Nachklang des ‚Terreur‘ der Jakobiner (Laqueur 1987, 11) immer ein politischer Kampfbegriff war: Ronald Reagan wird das Bonmot zugeschrieben, dass des einen Terrorist des anderen Freiheitskämpfer sei. Viele Autoren weisen jedoch darauf hin, dass dieser Ausspruch nicht nachgewiesen sei beziehungsweise halten ihn für Allgemeinut (vgl. exemplarisch Gießmann 1997: 264 oder Hoffman 2002: 34-51).

Die Art, wie der Diskurs über den Terrorismus geführt wird, wird ebenso dargelegt wie die polit-medialen Mechanismen, die Terrorismus als politisches Thema erhalten. Dieser Diskurs unterscheidet sich von Diskursgemeinschaft zu Diskursgemeinschaft, knüpft an unterschiedliche Vorerfahrungen an, weist aber erhebliche Überschneidungen und thematische Ähnlichkeiten auf. Er entkoppelt die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus vom politischen Umgang mit ihm und schafft so eine Scheinwirklichkeit, welche die Gestaltung der Herrschaftsarchitektur in den betroffenen Staaten prägt, etwa in Form von Sicherheitsgesetzgebung, die bürgerliche Freiheitsrechte einschränkt und die außenpolitische Politikgestaltung wesentlich beeinflusst. Um zu verdeutlichen, wie der Terrorismusdiskurs die Etablierung von Wirklichkeit bedingt, werde ich einige Überlegungen skizzieren, wie Terrorismus als vorrangiges Sicherheitsproblem westlicher

Staaten *auch* betrachtet werden und die politischen Botschaften des Terrorismusdiskurses dekonstruiert werden können. In Abgrenzung vom Diskurs wird hier begründet, warum Terrorismus keine existenzielle Bedrohung für westliche Staaten darstellt. Ich argumentiere, dass die selbstreferenzielle Bedrohungswahrnehmung letztlich mehr schadet als Terroristen dies je könnten. Damit ist nicht gesagt, dass es keinen Terrorismus gibt, aber dass er hinsichtlich seiner sicherheitspolitischen Bedeutung, begünstigt durch die Art, wie sich die westlichen Gesellschaften und im besonderen Fall die deutsche darüber verständigen, weit überschätzt wird.

Abschließend wird festgehalten, welche Veränderungen die Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001, aber auch die späteren in Madrid und London, hervorgebracht hat und welche sozialen Probleme sie geschaffen und verschärft hat; zu nennen sind Ausgrenzung und ein fortan begrenztes Repertoire politischer Handlungsoptionen in tendenziell eskalierenden Beziehungen zu Staaten außerhalb der westlichen Sicherheitsgemeinschaft (Kühn 2010, 203-204; Kühn 2012a & b).

1 MEDIEN UND EXPERTEN

„Terrorism is theatre“ schrieb Brian Jenkins (1975), um auf die Inszeniertheit terroristischer Anschläge hinzuweisen. Die russischen Anarchisten der Narodnaya Volya verstanden Terrorismus als „Propaganda der Tat“, ein auf Carlo Pisacane zurückgehendes Epitheton (Hoffman 2002, 19). Counter-Insurgency-Guru David Kilcullen, dessen Strategieplanung das Vorgehen im Irak und in Afghanistan entscheidend beeinflusst hat, sagt: „If bin Laden didn't have access to global media, satellite communications, and the Internet, he'd just be a cranky guy in a cave“ (Packer 2006). Wenn man Terrorismus als Instrument der Schwachen begreift, die für die Übermittlung ihrer politischen Ideen nicht auf die überlegenen Mittel eines Staates zurückgreifen können, unterstreicht dies die Bedeutung, die Medien für terroristische Kampagnen haben. Um ein möglichst großes Publikum zu erreichen ist deshalb ausschlaggebend, wie medienwirksam Anschläge ‚in Szene gesetzt‘ werden. „Terrorists want a lot of people watching, not a lot of people dead“ schrieb deshalb Brian Jenkins; für manche Forscher ist dies der Grund, warum chemische Kampfstoffe, wie sie etwa von der milleniaristischen Sekte Aum Shinrikyo 1995 in der Tokyoter U-Bahn verwendet wurden, selten eingesetzt werden: Gas, aber auch Radioaktivität bleiben – aus medialer

Sicht – visuell *unerschreckend* wirkungslos (Laqueur 1996¹). In den vergangenen zwei Jahrzehnten war dennoch eine Eskalationsdynamik am Werk, die zunehmend spektakulärere Anschläge benötigte, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. 2006 schreibt Jenkins deshalb, seine eigene Aussage aus den 1970ern revidierend: „Many of today’s terrorists want a lot of people watching and a lot of people dead” (Jenkins 2006, 119; siehe auch JDW 1997).

Eine Tendenz zu Anschlägen mit mehr Opfern ist also evident. Ob dies an der Wahrnehmung liegt, innerhalb derer kleinere Anschläge kaum mehr Beachtung finden, oder weil die zeitgenössische Terroristen mit ihrer Botschaft eine Vernichtungsabsicht vermitteln wollen, die kleinere Anschläge nicht enthalten, mag dahinstehen: Während gezielte, kleine Anschläge vermitteln, dass mit der ausführenden Gruppe zu rechnen sei und ihre politischen Anliegen Beachtung finden sollen – entsprechende Gruppen also ihr politisches Gewicht erhöhen wollen – sagt die Vernichtungsabsicht aus, dass keine politische Akkommodation möglich und denkbar ist (Kühn 2004). Gleichwohl wurden Szenarien, nach denen Terroristen Massenvernichtungswaffen einsetzen würden, nie Wirklichkeit. Dies mag an nennenswerten Schwierigkeiten in der Entwicklung, Transport und Handhabung liegen, die für nichtstaatliche Akteure kaum überwindbare Hürden für chemische, biologische oder gar nukleare Kampfstoffe darstellen. Insbesondere erstere bleiben, wenn nicht ihre Dosis genau angemessen ist, weitgehend wirkungslos. Aber selbst sogenannte ‚schmutzige‘ Bomben mit Nuklearmaterial würden die betroffenen Gebiete weit weniger kontaminieren als oft angenommen wird. Der riesige Aufwand, den die japanische Aum-Sekte betrieb, die Stoffe herzustellen, die für ihre Anschläge benötigt wurden, steht in keinem Verhältnis zu ihrem Effekt: Viele Versuche, biologische Waffen zu versprühen, wurden nicht wahrgenommen, auch weil sie keine Opfer forderten. 300 Wissenschaftler und 1 Mrd. US-\$ reichten nicht aus, die Kampfstoffe einsetzbar zu machen (Mueller 2005, 488-489).

In Gesellschaften, in denen Gewalt weitgehend tabuisiert wird und lediglich virtuell bleibt, etwa im Krimi oder in Videospielen, sind Medien in einem Zwiespalt. Einerseits sind Anschläge natürlich berichtenswert, obendrein liefern spektakuläre Bilder ‚eine gute *Nachricht*‘. Andererseits werten Medien Gewalttäter politisch auf, wenn diese durch die Berichterstattung ein (erzwungenes) Forum erhalten, um ihre teils obskuren Zielsetzungen einer massenmedialen Öffentlich-

1 Laqueur widersteht allerdings nicht einer alarmistischen Argumentation, derzufolge man nie wissen kann, was in der Zukunft passieren wird. So banal das klingt, so wirksam war es, seine Bücher zu verkaufen. Implizit weist er allerdings auf die hohen Kosten hin, die die Reaktion auf Terrorismus verursachen kann.

keit kundzutun: eine solche Öffentlichkeit wäre ihnen ohne Gewalt in jedem Fall verwehrt. Medien sehen sich deshalb häufig dem Vorwurf ausgesetzt, die Sache der Terroristen zu betreiben, wenn sie diese thematisieren (Hoffman 2002, 172-197). Forderungen, die Berichterstattung zu reglementieren, sind dann auch in freiheitlichen Rechtsstaaten zu hören, deren zentrales Grundprinzip Öffentlichkeit ist.

Während solch offene Regulierungsbemühungen beispielsweise in Südafrika, Pakistan oder Georgien zu beobachten sind (Freedom House 2011), hat der sogenannte ‚Krieg gegen den Terror‘ in vielen Staaten die Rechte von Journalisten zur Geheimhaltung ihrer Informanten und zur freien Recherche deutlich untergraben. Repressive Staaten, sofern sie die Medien umfassend kontrollieren können, sind weitaus eher in der Lage, ein terroristisches Problem kleinzuhalten, indem sie es ‚totschweigen‘. Laqueur argumentiert sogar, in Staaten, in denen keine freie Presse existiere, könne es keinen Terrorismus geben (Laqueur 1987, 6). In jedem Fall können Staaten, sofern sie die Berichterstattung kontrollieren oder gar selbst leisten, politischen Profit aus der Gewalt schlagen, die repressive Gegenmaßnahmen zu rechtfertigen erlaubt.² Dieser Mechanismus war auch in den westlichen Staaten, allen voran den USA zu beobachten, wo im *Patriot Act* unter anderem die Aussetzung bürgerlicher Rechte und die Bespitzelung der Bevölkerung legalisiert und gängig wurden. Zugleich wurden Mittel neu alloziert, das heißt auf die ‚Produktion‘ von Sicherheit umgeschichtet – allein, Wachleute die wenn auch minderbezahlt, vor allem herumstehen, produzieren nichts ökonomisch Verwertbares. Sie müssen aus der normalen Mehrwertproduktion mit bezahlt werden.³ Wenn eine terroristische Taktik auf die Zermürbung des staatlichen Gegners abzielt, ist eine solche Ressourcenreallokation sogar ganz in deren Sinne: „The more costs the United States inflicts on itself in the name of coun-

-
- 2 Weltweit war die Gründung von Al Jazeera 1996 aus einem vergleichbaren Grund revolutionär, weil dadurch die globale Hegemonie westlich-liberaler Medienkonzerne in der Informationsproduktion gebrochen wurde, die auch die Medienlandschaft in nichtwestlichen Staaten dominierten. Neue Möglichkeiten, Probleme zu definieren und politische Entwicklungen zu interpretieren, wurden so eröffnet. Gleichwohl muss sich auch Al Jazeera in einem volatilen Beziehungsgeflecht zwischen dem Emir von Qatar, von dem die Finanzierung kommt, und dem Machtgefüge in der arabischen Welt bewegen (Miles 2011). Die Rivalität zwischen Qatar und Saudi-Arabien spielte sich insbesondere in der Berichterstattung über Al Qaida aus, so dass man nicht von einer Opposition westlicher und arabischer Medien sprechen könne (El-Ibiary 2011).
 - 3 Diesen Hinweis verdanke ich Christian Häßlein.

terterrorism policies of dubious utility, the more likely a war of attrition strategy is to succeed“ (Kydd und Walter 2006, 66).

Zum Wesen medialer Berichterstattung gehört die Anhörung von Experten. Diese häufig stereotypisierte Vorgehensweise, bei der das Format bereits verhindert, dass Zusammenhänge erklärt werden können, folgt einem Muster, in dem der ‚Experte‘ eine These validieren soll, die vorher schon journalistisch impliziert wurde. Die ‚Experten‘ können keine klare Aussagen machen, und bei näherer Analyse des Gehalts ihrer Aussagen stellt man fest: Sie wissen es auch nicht besser als Du und ich. Zum einen erlaubt das Format der Expertenbefragung keine tiefer gehenden Analysen, die über das (angenommene) Vorwissen der Zuschauer hinausgehen. Die kurzen, für Experten reservierten Zeitfenster verhindern eine vermeintlich ausschweifende, Zusammenhänge aufzeigende Analyse. Zum anderen werden die ‚Experten‘ von den Sendern natürlich am meisten dann nachgefragt, wenn etwas passiert ist; sie geben Auskunft über Dinge, die sie nicht wissen und häufig gar nicht wissen können. Da außer einigen, häufig auch noch in Endlosschleife wiederholten, Bildern selten klar ist, wer hinter einem Anschlag steckt, wie viele Opfer es gibt und was die ideologischen Triebkräfte sein mögen, beschränkt sich die Berichterstattung dann auf die pure Oberfläche; man könnte das Format direkt im Anschluss an Anschläge als ‚organisierte Spekulation‘ bezeichnen. Meist folgt dabei einer suggestiven Frage eine spekulative Antwort: Was in Echtzeit geschieht, entzieht sich naturgemäß analysierender Kommentierung. Hinzu kommt, dass spezialisierte *Denkfabriken*, die häufig aus Militärhaushalten finanziert werden, zu eng eingegrenzten Themen forschen und ihr – oft begrenztes – epistemisches Handwerkszeug zur Deutung des Geschehens einsetzen. Das ist logisch, und dazu sind sie ja auch da, aber sie verstärken damit das Problem, dass „viele Denkfabriken so sehr am Rockzipfel des Militärs hängen, dass sie als Bestandteil eines einzigen Komplexes angesehen werden können“ (van Creveld 2009, 257). Die schiere Masse und damit verbundene Meinungsmacht dieser Institute, deren Funktions- und Besetzungslogik van Creveld anschaulich macht, prägt den Diskurs mehr als alternative Deutungsmodelle dies könnten: „in Diskussionen [werden] die Themen am ausführlichsten diskutiert [...], von denen die Teilnehmer am meisten wissen, und nicht unbedingt die wichtigsten Themen“ (van Creveld 2009, 255).

Aber, darauf hat Ulrich Schneckener (2005, 4) hingewiesen: Die Existenz von Experten macht andere zu Laien. Die soziale Funktion dieser Berichterstattung ist deshalb vor allem eine, die in einer hoch ausdifferenzierten Gesellschaft Fachwissen suggeriert, mit dem zumindest im Prinzip die Welt beherrschbar ist. In einer Welt, die in ihren Dynamiken und technisierten Einzelheiten von niemandem zu durchschauen ist, bedarf es eines legitimierenden Grundvertrau-

ens, dass dennoch alles seine Richtigkeit hat. Das ist die Kehrseite dessen, was Max Weber die ‚Entzauberung der Welt‘ (Weber 1994, 9) genannt hat:

„Wer von uns auf der Straßenbahn fährt, hat – wenn er nicht Fachphysiker ist – keine Ahnung, wie sie das macht, sich in Bewegung zu setzen. Er braucht auch nichts davon zu wissen. Es genügt ihm, daß er auf das Verhalten des Straßenbahnwagens ‚rechnen‘ kann, er orientiert sein Verhalten daran; aber wie man eine Trambahn so herstellt, daß sie sich bewegt, davon weiß er nichts. Der Wilde weiß das von seinem Werkzeug ungleich besser. Wenn wir heute Geld ausgeben, so wette ich, daß, sogar wenn nationalökonomische Fachkollegen im Saale sind, fast jeder eine andere Antwort bereit halten wird auf die Frage: Wie macht das Geld es, daß man dafür etwas – bald viel, bald wenig – kaufen kann? Wie der Wilde es macht, um zu seiner täglichen Nahrung zu kommen, und welche Institutionen ihm dabei dienen, das weiß er. Die zunehmende Intellektualisierung und Rationalisierung bedeutet also *nicht* eine zunehmende allgemeine Kenntnis der Lebensbedingungen, unter denen man steht. Sondern sie bedeutet etwas anderes: das Wissen davon oder den Glauben daran: daß man, wenn man *nur wollte*, es jederzeit erfahren *könnte*, daß es also prinzipiell keine geheimnisvollen unberechenbaren Mächte gebe, die da hineinspielen, daß man vielmehr alle Dinge – im Prinzip – durch *Berechnen beherrschen* könne. Das aber bedeutet: die Entzauberung der Welt.“ (M. Weber 1994: 9, Hervorhebungen im Original).

Entzaubert ist die Welt dadurch, dass man also im Prinzip alles verstehen könnte, dass man es aber nicht *selbst* verstehen muss. Experten, seien es Fachbeamte, Wissenschaftler oder spezialisierte Journalisten, geben dann Deutung und Orientierung, um im Angesicht von das Tabu brechenden Gewalttaten den Glauben an die Beherrschbarkeit der Welt und die soziale Machbarkeit von Utopien zu restaurieren.

Dass diese Aufgabe an Grenzen stößt, liegt schon daran, dass es keine allseits akzeptierte Definition von Terrorismus gibt. So verändert sich das Verständnis von Terrorismus, ohnehin ein politischer Kampfbegriff („des einen Terrorist ist des anderen Freiheitskämpfer“, siehe oben), mit den gesellschaftlichen Diskursen, in denen er auftaucht. Das heißt, im Begriff werden allgemein verstandene Elemente reproduziert, es kommt also Vorwissen zur Anwendung, das nicht unbedingt der Wirklichkeit entsprechen muss. Indem es aber permanent reproduziert wird, verfestigt sich Gewusstes in einer Art, die resistent wird gegen konkurrierende Informationen und Deutungen. Für die politische Praxis ist auf dieser Basis dann zu beobachten, was Barbara Tuchman als ‚Torheit‘ bezeichnet:

Auf seiner ersten Stufe legt der geistige Stillstand die Grundsätze und Grenzen fest, die für ein politisches Problem maßgeblich sind. Auf der zweiten Stufe kommt es, wenn erste

Dissonanzen und Unstimmigkeiten mit der Realität auftauchen, zur Erstarrung der anfänglichen Grundsätze. In dieser Phase könnte es, wenn Weisheit am Werke wäre, zu Überprüfung, Überdenken und Kursänderung kommen, aber die sind so selten wie Rubine in einem Hinterhof. Die Erstarrung führt zur Erhöhung des Einsatzes und bringt die Notwendigkeit mit sich, das Ego des Verantwortlichen zu schützen; die Politik, die auf dem Irrtum fußt, vervielfacht sich, nie zieht sie sich zurück. Je größer der Einsatz und je größer sich das Ich des Verantwortlichen engagiert, desto unannehbarer ist ein Disengagement. (Tuchman 1984, 480).

Im Umgang mit Terrorismus, insbesondere an der Fantasielosigkeit des Sicherheitsapparates gegenüber rechtsextrem motivierten Morden an Immigranten, aber auch im Krieg in Afghanistan ist dieser Effekt zu erkennen.

Bevor der Aspekt der Produktion und Reproduktion der Deutung von Gewalt weitergeführt wird, die im größeren sicherheitspolitischen Zusammenhang zu den allgegenwärtigen Risiken gezählt wird, soll ein weiteres Beispiel erläutert werden. Die Berichterstattung nach den Anschlägen von Anders Breivik in Oslo demonstrierte anschaulich, wie reflexhaft die Rede vom islamistischen al Qaeda-Terrorismus geworden war. Unbewusst liegt dieser die Annahme zugrunde, dass im 21. Jahrhundert nur radikale Islamisten ruchlos und ohne mit der Wimper zu zucken massenhaft Leute abschlachten – und andere, zumal Christen, dazu nicht in der Lage seien. Vielfach geteilt, aber besonders dezidiert äußerte diese Annahme Tony Blair in seiner Rede vor dem Labour-Parteitag kurz nach 9/11: „They have no moral inhibition on the slaughter of the innocent. If they could have murdered not 7,000 but 70,000 does anyone doubt they would have done so and rejoiced in it?“ (Blair, so zitiert in Croft 2012, 204). Dieses Bild ist einer der ‚Kollateralschäden‘ der ausufernden Berichterstattung über den und politische Instrumentalisierung des Terrorismus; unter Zuhilfenahme der ‚Experten‘, nicht zuletzt vom Schlage Peter Scholl-Latours (vgl. zu dessen Argumentationslinien Klemm und Hörner 1993), wurde im letzten Jahrzehnt ein viel weiter zurückreichender, schleichender, aber letztlich profunder Antiislamismus repetiert.⁴ Manches in Breiviks Argumentation spricht dafür, dass dieser im gesamten Westen Identitäten in Frage stellende Diskurs dazu beigetragen hat, dass der norwegische Attentäter sich umzingelt fühlte und auszog, das, was er für seine Kultur hielt, zu verteidigen. Auf bizarre Weise entspricht also die Berichterstat-

4 Wie verschiedene Diskurse ineinandergreifen zeigt sich daran, in welchem Ausmaß diese stereotypisierten Vorstellungen der ‚Anderen‘ den Thesen Thilo Sarazins zugrunde liegen.

tung über Breiviks Taten dessen Weltbild, in dem die westliche, intern pazifizierte Lebensart vom Islam als bedroht anzusehen sei.

Worauf nicht zuletzt die begrenzten Erkenntnisse aber hinweisen, die der Prozess gegen Breivik zutage zu bringen vermochte, ist, wie wenig man über das, was gewissermaßen „im Innern“ des Terrorismus abläuft, wirklich wissen kann: Auf der Oberfläche der Tat lässt sich nichts über die Hintergründe ablesen. Gleichwohl spiegelt die Nachfrage nach den medialen ‚Terrorismusexperten‘ eine Nachfrage nach Wissen wider, die spezifisch westlich ist und der Aufklärung entspringt: Mit Wissen (statt beispielsweise durch Beschwörung des Okkulten) können Probleme bearbeitet und die Umwelt selbst gestaltet werden (Porter 2001). Auch die staatliche Nachfrage nach Wissen hat nach dem 11. September einen Berufszweig ausgebaut, der nachgerade unausweichlich das Thema aufzublähen mithilft. Einerseits ist dieser sich in den postmodernen Gesellschaften ausbreitende Wissensdurst ein Motor für Erkenntnis und Innovation; er schafft eine sich beständig verbreiternde gesellschaftliche Wissensbasis. Wer, beispielsweise, hätte vor zehn Jahren etwas über Denkströmungen im Islam gewusst? Wer hätte den Unterschied zwischen Shia und Sunna erklären können oder sagen können, dass es diese beiden Zweige des Islam gibt? Wer hätte gewusst, was *Jihad* (der kleine und der große) bedeutet, Salafismus oder Wahhabismus? Es gibt also durchaus gesellschaftliches Lernen – andererseits haben die Experten aber zum Eindruck beigetragen, dass die größte Gefahr, die droht, vom Terrorismus ausgeht (siehe Daxner in diesem Band).

Nach dem 11. September 2001 wurden große Summen bereitgestellt, um Terrorismus zu erforschen. Dagegen spricht nichts, aber unter der Bedingung begrenzter Ressourcen ist deren Allokation ein politischer Akt, denn indem etwas beforscht wird, bleibt anderes unerforscht. Die politische Entscheidung zugunsten der Terrorismuserforschung hat also im Wettbewerb um Finanzen, in dem sich Forschungszweige immer befinden, naturgemäß ein Ungleichgewicht erzeugt. Lösungsmöglichkeiten zu erforschen ist zudem attraktiver als Grundlagen, also im konkreten Fall etwa Studien zu den gesellschaftlichen Gründen von politischer Gewalt – problemlösende Forschungsansätze werden gegenüber kritischen bevorzugt. Politisch bedeutsamer ist aber der Popanz, der durch die medial verwertbar dargestellten Ergebnisse aufgebaut wird: Denn es sind nicht etwa wirkliche Lösungsmöglichkeiten, die da präsentiert werden, sondern welche, die sich auf ein von vornherein überhöhtes Problem beziehen. Ein Problem wird in überzogener Dimension aufgebaut, um dann eine Lösung zu präsentieren, die wesentlich dazu dient, die geschaffene Bedrohungsperzeption aufrechtzuerhalten.

So galten die diktatorischen und kleptokratischen Regime im Nahen Osten als genehm, weil sie billiges Öl zu liefern bereit waren – den Preis an Unterdrückung, mangelnder politischer Freiheit und Radikalisierung zahlten die Bevölkerungen. Im Fall der zentralasiatischen Staaten vom Azerbaijan über Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan ist das stillschweigend noch immer so.⁵ Auch Saudi-Arabien, das über prinzliche Stiftungen seit Jahrzehnten eine aggressive Kampagne zur Verbreitung des Wahhabismus finanziert, die unter anderem in Pakistan zu einer eskalierenden Radikalisierung führt, bleibt von kritischer Berichterstattung weitgehend ausgenommen.⁶ Die meisten der Attentäter um Mohammad Atta waren saudische Staatsbürger. Die Terrorismusforschung kann zeigen, dass ein Mangel an politischen Ausdrucksmöglichkeiten mitunter zur Radikalisierung führt – umgekehrt gibt es aber auch die Fälle, wo ein solcher Mangel nicht zu Gewalt führt. Die Grenzen solcher Erkenntnisse liegen etwa darin, dass Gruppierungen Gewalt dann einsetzen, wenn sie in einer politischen Umbruchphase die Chance sehen, ihre Anliegen auf die Agenda zu setzen – wie dies im Fall der ETA während der Transitionsphase von der Franco-Diktatur zur spanischen Demokratie zwischen 1974-1982 der Fall war (Clark 1984, 132/133).

Der repetitive Charakter vermeintlich gesicherten Wissens im Terrorismusdiskurs kann also irreführend sein und somit kontraproduktive politische Entscheidungen hervorrufen. Der etwas sperrige Begriff der „Versicherheitlichung“ beschreibt, wie etwas als sicherheitsrelevant deklariert und damit gewissermaßen politisch isoliert wird (Wæver 1995). Etwas als Sicherheitsproblem zu beschreiben bedeutet, politische Prioritäten zu setzen. Die Maßnahmen, die ergriffen werden, um einem Sicherheitsproblem zu begegnen, sind politisch kaum zu kri-

-
- 5 Mit der zeitlich begrenzten Ausnahme, dass Menschenrechtsfragen diskutiert wurden, als 2012 in Baku der Eurovision Song Contest stattfand. Über Turkmenistan berichtete die hervorragende finnische Dokumentation „Shadow of the Holy Book“ von Arto Halonen, das die niedrigsten Ratings für Menschenrechte und Informationsfreiheit mit einer der höchsten Erdgas- und -ölproduktion weltweit vereint, viele Geschäfte mit westlichen Unternehmen macht und weitgehend von Kritik verschont wird. Kasachstan, beispielsweise, durfte hingegen trotz autoritärer Staatsführung im Jahr 2010 den Vorsitz der den Menschenrechten verpflichteten OSZE führen (OSZE 2010).
 - 6 Lediglich die angebliche Ausfuhrgenehmigung von bis zu 200 Leopard-2-Panzern durch den Bundessicherheitsrat (SPON 2011) im Juli 2011 führte zu einer Diskussion, wie diese Waffensysteme gegen Dissidenten und Demonstranten eingesetzt werden könnten. Mit den Mitteln der modernen Informationsmedien gegen derlei Waffengeschäfte setzt sich beispielsweise das Kunstprojekt ‚Zentrum für politische Schönheit‘ ein (www.politicalbeauty.de).

tisieren – sie erscheinen als unvermeidlich. Wer will schon verantworten, dass ein Anschlag stattfindet und sich herausstellt, dass nicht alles Erdenkliche getan worden ist, um ihn zu verhindern? Anders als die ursprünglichen Ansätze der sogenannten Kopenhagener Schule (vgl. Buzan et al. 1998) suggerierten, hat sich die Diskussion um die Versicherheitlichung heute weiterentwickelt. So wurde darauf hingewiesen, dass die Identität von Individuen und Kollektiven wesentlicher Gegenstand eines Sicherheitsdiskurses ist. Der Prozess der Versicherheitlichung des Anderen, oft mit orientalistischen Grundannahmen, in jedem Fall aber in der Abgrenzung konstruiert-homogener Opponentengruppen, dient so betrachtet der Selbstvergewisserung von Kollektiven (Croft 2012, 74).

Allerdings sind die Möglichkeiten, etwas als sicherheitsrelevant zu erklären, ungleich verteilt und vermachtet. Staatliche Agenturen, insbesondere wenn sie überlegenen Kenntnisstand aus gemeinhin nicht zugänglichen Quellen für sich reklamieren können, sind ungleich besser fähig, solche Prozesse der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeitsdeutungen anzuführen als andere Akteure. Dies liegt nicht zuletzt an der Schwierigkeit, spekulative Szenarien zu falsifizieren. Während die Bürger in Aesops Fabel⁷ schnell begreifen, dass entgegen des Warnrufs kein Wolf die Schafe der Herde anfällt, könnten sie wenig dagegenhalten, klänge die Warnung des Kindes in etwa so: „Ich habe Zugang zu klassifizierter Information, derzufolge es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass ein Wolf zukünftig die Herde anfallen könnte“ (vgl. Mueller 2005, 500).

Die Gesetze, die der damalige Innenminister Otto Schily durchsetzte, der so genannte ‚Otto-Katalog‘, wurden zügig nach dem 11. September als notwendige Maßnahmen beschlossen; sie wurden in ihrer Geltungsdauer zeitlich begrenzt, aber ohne umfassende Prüfung ihrer Effektivität oder Effizienz im Jahr 2011 zum zweiten Mal nach 2006 verlängert, obwohl heute ein viel differenzierteres Bild vom Terrorismus und der Bedrohung möglich ist, die von ihm ausgeht. Die Befristung war Ausdruck dafür, dass es sich um Ausnahmegesetze handelte, die obendrein in Rekordzeit durchgesetzt wurden. Das Parlament hatte kaum Zeit, zu durchdenken, welche Folgen und welche Reichweite die Regelungen hatten. Wie Heribert Prantl geschrieben hat: „Keiner blickte durch, aber alle waren dafür“ und weiter: „Aus den Sonderregeln wurde binnen zehn Jahren Alltag“ (Prantl 2011). Die Übertreibung, mit der das Ausmaß der Anschläge beschrieben wurde, als Kriegserklärung und die Reaktion darauf als ‚Krieg gegen den Ter-

7 In dieser Fabel ruft ein Hirtenjunge aus Langeweile laut „Wolf!“. Die herbeieilenden Dorfbewohner, die ihre Schafe schützen wollen, stellen daraufhin fest, dass der Junge falschen Alarm gegeben hat. Als kurze Zeit später tatsächlich ein Wolf auftaucht, reagiert niemand mehr auf seine Rufe.

ror', hat eine öffentliche Diskussion darüber verhindert, ob diese Gesetze gebraucht werden. Vielleicht dienen sie vor allem einem staatlichen Bedürfnis nach Überwachung der Untertanen? Gleichwohl scheint die Ansicht zu dominieren, dass damit klarkomme, wer nichts zu verbergen hat. Auch anderswo wurde die Konstruktion des identitär gefestigten Anderen zur Grundlage von Politik gegenüber jenen, die potenziell gefährlich sein könnten (Gutkowski 2011, 353; Croft 2012).

Am sich entfaltenden politischen Reformprozess nach den sogenannten ‚Arabellionen‘ ist dies jedenfalls zu beobachten. Schon früh fürchteten viele im Westen, dass die Muslimbrüder bei Wahlen die meisten Stimmen holen. Sie folgen damit einem schon in den letzten zehn Jahren verfestigten (aber eigentlich viel älteren) Stereotyp vom „Orient“, in dem Rückständigkeit und Religiosität als Basis einer gefährlichen Irrationalität gilt. Dass diese sich religiös definierenden Gruppen, wie vor einigen Jahren die Hamas in Palästina, populär sind, liegt schlicht daran, dass sie als unkorrupt gelten und ihre Botschaften verstanden werden; ihr Aktivismus, auch unter Einsatz von Gewalt, wird von vielen als Aufopferung für die Gemeinschaft interpretiert (Malthaner 2011, 38-41). Dass dabei terroristische Taktiken angewendet werden, nehmen in Gesellschaften mit hoher Gewaltsozialisation (etwa weit verbreiteten Gewalterfahrungen) viele in Kauf: schließlich haben viele ihrerseits Gewalt durch den jeweiligen Gegner, oft staatliche Sicherheitsagenturen, erfahren. Gewalt, so banal es ist, erzeugt Gegengewalt, und das gilt auch umgekehrt: Staatliche Repression hat das Zeug, eine politische Konfrontation tendenziell zu eskalieren (Wilkinson 2005, Waldmann 2005, 207). Die Dynamik von Gewalt und Gegengewalt war zuletzt in Syrien zu beobachten, wo die Opposition anfangs und obendrein sehr lange gewaltlos blieb; das war bewundernswert, es war aber abzusehen, dass diese Strategie durch fortgesetzte Gewalt seitens des Assad-Regimes delegitimiert würde und gewaltsamer Widerstand dann nicht mehr zu vermeiden war.

Während der Jahre der Diktatur(en) haben die Muslimbrüder und vergleichbare Gruppen sich als am wenigsten korrupt und mit einer schlüssigeren Ideologie erwiesen als die jeweiligen Staaten sie generieren konnten: im Fall der Hamas war es vor allem die abgewirtschaftete PLO/Fatah, die aus alten Männern bestand, die sich selber bereicherten; es handelte sich nicht etwa um eine glühende Begeisterung, die die Wähler veranlasste, die Fatah ab- und die Hamas an die Macht zu wählen. Aber die PLO, die ja auch als terroristische Organisation angefangen hatte, hatte zwischenzeitlich das Existenzrecht Israels anerkannt, die Hamas hingegen nicht. Der Westen hat den Wahlsieg der Hamas deshalb nicht akzeptiert und damit die eigene Rede von der Demokratie entwertet: gewählt sollte schon werden, aber das Ergebnis sollte gerne kein Machtwechsel weg von

den erprobten ‚Partnern‘ sein (Fischer 2006; Baumgart-Ochse 2010). In den Augen der palästinensischen Bevölkerung schwand dadurch die Hoffnung auf eine faire Rolle der Europäer als Broker im Nahostkonflikt (Turner 2012).

2 PRODUKTION UND REPRODUKTION VON RISIKEN

Von Luhmann wissen wir, dass sich Systeme selbst reproduzieren, und so ist klar, dass Leute, die den Terrorismus erforschen, auch über Terrorismus reden. Viele Sender haben mittlerweile ihren eigenen Terrorismusexperten. Peter Bergen, der vor vielen Jahren mal Osama Bin Laden interviewt hat, ist der Terrorismusexperte von CNN und gilt weltweit als führend – seine spannende Beschreibung des Netzwerkes Al Qaida ist bemerkenswert für ihren Mangel, herauszustreichen, wie wenig strategisch organisationsfähig die darin beschriebenen Großsprecher und gewalttätigen Revoluzzer sind. Bergen hält daran fest, dass die Terroristen nicht einige wenige sind: „[...] hinter ihnen stehen viele tausend Mitglieder und Ableger von al-Qa’ida, nicht nur in Afghanistan, sondern in sechzig Ländern auf der ganzen Welt: eine Hydra mit unzähligen Köpfen“ (Bergen 2002, 287). Auch Elmar Theveßen, Terrorismusexperte des ZDF (der eigentlich Historiker ist), hält die Antworten des Westens auf den Jihadismus für nicht effektiv oder sogar kontraproduktiv. Er beklagt in einem seiner Bücher die stereotypisierte Homogenisierung des Islam (Theveßen 2002), aber schon 2005 raunt er: „Madrid und London waren nur der Anfang [...]“ (Theveßen 2005, 7); der Mangel an Bildung bei Migranten sei ein Problem. Dass es paradox ist, dass aus dieser unterprivilegierten Schicht vor allem Studenten wegen Vorbereitung terroristischer Aktivitäten entdeckt wurden, fällt ihm nicht auf (194). Unter dem Deckmantel, Missstände aufzudecken, von denen muslimische Migranten betroffen sind, wird deren (für alle Migranten angenommene) Opfersituation als potenziell in Täterreaktionen umschlagend geschildert. So verknüpft er Terrorismus mit der Unterprivilegierung von Muslimen, deren Gewaltneigung dadurch quasi direkt aus ihrer sozialen Situation belegt erscheint. Dass dadurch der Terrorismus als allgegenwärtige, letztlich in der Nachbarschaft beheimatete Gefahr erscheint ist nicht die individuelle Schuld der Experten: Es ist eine Frage der Blickrichtung. Dass Forscher in Drittmittelprojekten über Terrorismus und an Friedensforschungsinstituten zu dem Ergebnis kommen könnten, der Terroris-

mus brauche eigentlich nicht weiter erforscht zu werden, ist logischerweise nicht zu erwarten: Wer nach Terrorismus sucht, findet ihn auch.⁸

Zusammen mit den Experten sitzen wir in einer Blase, die sich selber spiegelt und aus der man, von der Gewalt fasziniert, nicht vom Terrorismus wegsehen kann. Die Faszination für die Gewalt, so verbreitet sie in gewalttabuisierten Gesellschaften ist, wo sie sich in Videospielen und anderen ritualisierten Betätigungen äußert (Žižek 2011), kann allerdings auch strategisch eingesetzt werden. Denn die Konstruktion einer permanenten Bedrohungssituation erfordert Gegenmaßnahmen – immerhin ist der Mensch der Postaufklärung einer, der sein Schicksal selbst in der Hand hat. Dabei dient die damit produzierte Risikountermalung des täglichen Lebens in nicht vernachlässigbarem Ausmaß dem Profit eines lukrativen Geschäftszweigs, den man Terrorismusindustrie nennen könnte. Wir unterstellen damit ein Interesse der Experten am Verkauf ihrer Expertise ebenso wie der Hersteller von Body-Scannern und anderer Sicherheitstechnologie. Diese Industrie lebt von der kostenträchtigen Vorbereitung auf das äußerst Unwahrscheinliche und von einer verzerrten Wahrnehmung von Risiken und Gefahren (Gardner 2008, 124-154).

3 VON MÜCKEN UND ELEPHANTEN: DER ÜBERSCHÄTZTE TERRORISMUS

John Mueller hat schon 2005 darauf hingewiesen, dass es verschiedene Methoden gibt, die Gefährlichkeit eines Phänomens einzuschätzen. Eine davon ist, die statistische Wahrscheinlichkeit anzuschauen, mit der eine Gefahr auftritt. Welcher Personenkreis betroffen ist, ist von erheblicher Bedeutung für die Bedrohlichkeit: Es ist eben ein Unterschied, ob wahllos Zivilpersonen angegriffen wer-

8 Vergleichbares gilt im Übrigen für Piraterie; Forschungsaufsätze kommen selten ohne eine Beschreibung aus, welch arme Teufel da auf hoher See ihr Leben riskieren; im – insbesondere militärischen – Diskurs spielt Piraterie die Rolle eines auf See annähernd allmächtigen Phänomens, das den Welthandel jederzeit zum Erliegen bringen und den Weltfrieden dadurch gefährden könnte (ich verdanke diesen Hinweis Niklas Schörnig). Auch wenn ein Anstieg von Angriffen im Zusammenhang mit Piraterie belegbar ist, werden diese Zahlen jedoch selten mit belastbaren Zahlen zum Anstieg des Schiffsverkehrs in betroffenen Regionen verglichen; es wird also nicht korreliert, welche statistische Wahrscheinlichkeit, gekapert zu werden, auf einzelne Schiffe und deren Besatzungen im Verhältnis zu zurückgelegten Wegstrecken entfällt (vgl. Petretto 2011).

den oder Mitglieder von Sicherheitsapparaten; wenn, wie im Fall der frühen Baader-Meinhof-Gruppe/RAF oder auch der baskischen ETA, Finanzinteressen und Politiker attackiert werden, leistet sich die Bevölkerung zumindest teilweise noch einige Sympathien – erst im Lauf der Zeit, insbesondere dann, wenn ‚Unbeteiligte‘ zu Schaden kommen, entzieht die Bevölkerung den Gewalttätern die ideelle und in der Folge auch Schritt für Schritt die materielle Unterstützung (Müller 1996, 244). Es spricht daher Bände, wenn die deutsche Gesellschaft und Politik rechtsextremistische Gewalt, die insbesondere in Ostdeutschland endemisch ist, so weitgehend gleichgültig gegenübersteht (Amadeu Antonio Stiftung 2012). Man ist ja nicht betroffen, aber der Einschüchterungseffekt bei den Betroffenen, die sich in manche Gegenden schlicht nicht zu gehen trauen, tritt trotzdem ein.

Als politische Kommunikationsstrategie betrachtet kann Terrorismus durchaus eine politische Botschaft an einen Adressatenkreis übermitteln, der in Gegner und potenzielle Unterstützer unterteilt werden kann. Auch im Fall der infamerweise ‚Döner-‘ genannten Morde wurde die Botschaft von den Migranten durchaus verstanden, von der Mehrheitsbevölkerung (zu schweigen von den Sicherheitsapparaten) hingegen nicht. In den meisten Fällen ist für Terroristen aber die Mobilisierung von Unterstützern wichtig, so dass vollständig klandestines Vorgehen nachteilig ist. Wenn es Terroristen nicht gelingt, ihre potenziellen Fans zu erreichen, also deren Sympathien zu erringen, ist ihre Kampagne nahezu sicher bald zu Ende. Zwar gehörten Banküberfälle (wie im Fall der NSU) immer zum Repertoire von Terroristen, um ihre Kampagnen zu finanzieren, größere Gruppierungen brauchen zudem wachsende Mittel; zudem ist das Leben im Untergrund extrem teuer. Eine konzise Finanzierungspolitik ist deshalb notwendig und wird mit zunehmender organisatorischer Komplexität anspruchsvoller (Waldmann 2005, 71-76; 208). Wo aber ein – oftmals nur stillschweigender – Konsens herrscht, dass terroristisches Vorgehen legitim ist und ein Mittel, einem wahrgenommenen Übel abzuhelpfen, dauern Gewaltkampagnen oft Jahrzehnte an.

Die Frage nach der Zielsetzung terroristischer Kampagnen sagt jedoch nichts aus über die Gefährlichkeit des Terrorismus: Mueller hat das statistische Risiko berechnet, indem er einen arbiträren Berechnungszeitraum von 100 Jahren zur Grundlage genommen hat, um die Gefahr einer letalen Betroffenheit, also Tod durch terroristische Anschläge, für den einzelnen in einem Kollektiv (im untersuchten Fall in den USA) einzugrenzen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass außer im Jahr 2001 im Schnitt weniger Menschen in den USA durch Terrorismus ums

Leben kamen als in Toiletten ertranken.⁹ Außerhalb der USA kamen mehr Amerikaner um, aber deren Zahl ist immer noch nur in etwa so hoch wie die der Opfer von Blitzschlägen – das gilt übrigens auch, wenn man 9/11 einbezieht. Auch, so rechnet er nicht ohne ironische Distanz vor, sind mehr Menschen im Straßenverkehr ums Leben gekommen als am 11. September, die aus Angst vor Flugzeugattentaten auf das Auto umgestiegen sind:

„The reaction to September 11 has even claimed more—far more—human lives than were lost in the terrorist attacks. Out of fear, many people canceled airline trips and consequently traveled more by automobile than by airline after the event, and one study has concluded that over one thousand people died in automobile accidents in 2001 alone between September 11 and December 31 because of this. If a small percentage of the one-hundred-thousand-plus road deaths since 2001 occurred to people who were driving because they feared to fly, the number of Americans who have perished in overreaction to September 11 in road accidents alone could well surpass the number who were killed by the terrorists on that terrible day” (Mueller 2006, 492; mit Bezug auf Sivak und Flannagan 2004).

Natürlich käme deswegen niemand auf die Idee, Toilettenschüsseln, Badewannen oder den Straßenverkehr zu verbieten; um fair zu sein, muss man natürlich bemerken, dass die Regulierung des Straßenverkehrs und (zum Teil teure) Verbesserungen der Sicherheitsvorkehrungen im Auto ja durchaus der Anstrengung geschuldet ist, die Gefahren des Straßenverkehrs einzudämmen. Gleichwohl ist das statistische Risiko, Opfer eines Anschlags zu werden, sehr niedrig. Der größte Schaden durch Terrorismus entsteht in der Regel durch schnelle, unüberlegte, überzogene und disproportionale Reaktionen auf terroristische Taten – darin zumindest sind sich die meisten Wissenschaftler einig.

Mit diesen Hinweisen soll Terrorismus nicht verharmlost werden; es geht vielmehr darum, zu verdeutlichen, dass es sich bei der politischen Konzentration auf Terrorismus um eine Prioritätensetzung unter vielen Möglichen handelt. Terrorismusbekämpfung, welche Form auch immer sie annimmt, ist nicht alternativlos – viele Gefahren werden hingegen nicht adressiert, weil man sie gar nicht kennt. Das Gegenteil von Sicherheit, die mit so viel Eifer hergestellt werden soll, ist nämlich nicht Unsicherheit, sondern schlichtweg ‚nichts‘: Wo kein Sicherheitsproblem festgestellt wird, existiert auch keine Unsicherheit (Wæver 1995;

9 In den USA ertrinken im Schnitt pro Jahr 4 Menschen in Toiletten, 320 in Badewannen; etwa 100 sterben bei Unfällen mit Wildtieren, 90 durch Blitzschlag: Im Schnitt sind das deutlich mehr als bei terroristischen Anschlägen ums Leben kommen (vgl. statistische Angaben bei Mueller 2006: 488 & FN 2).

Kühn 2010, 219, insb. FN 133). Indem dem Terrorismus eine solche Bedeutung zugeschrieben wurde, wurde die politische Sache der Islamisten unglaublich aufgewertet. Der Westen begann in Afghanistan sogar Krieg zu führen, der im Kernverständnis der Verteidigung gegen eine existenzielle Bedrohung gilt, und brauchte viel zu lange, um zu erkennen, dass er zunehmend in einen Zermürbungskrieg mit terroristischen und Guerillataktiken geraten war; damit erlaubte er den Islamisten den Propagandaerfolg, die westlichen Staaten als zwar in der Gewaltanwendung weit überlegen, aber in deren Dosierung und Steuerung unterlegenen Gegner darzustellen. Das führte dazu, dass die afghanische Bevölkerung, der Intervention aus Hoffnung auf Entwicklungsfortschritte anfangs zugehört, dem Westen mehr und mehr zu misstrauen begann. Indem sie dem Westen die Unterstützung entzog, konnte kein legitimes Staatsaufbauprojekt mehr ernsthaft betrieben werden – fixiert auf den Staat als Ordnungsgarant war es für die Intervention um ISAF aber längst zu spät, damit aufzuhören (Suhrke 2011, 219–228, Kühn 2010).

Jeder *Widerstand* gegen diese vom Westen im Kern vorgegebene Ordnung wurde in diesem Rahmen als Terrorismus betrachtet, während der avisierte Staat nur mehr nach dem Vorbild des westlichen, kapitalistischen, liberalen Staats gedacht werden konnte. Alles was davon abweicht, wird als problematisch angesehen – auch wenn die in Afghanistan zwischenzeitlich eingetretene Ernüchterung mittlerweile nur noch erlaubt, von ‚good enough governance‘, also ‚gerade so ausreichend gutem Regieren‘ zu sprechen, das etabliert werden soll. Mangels Alternative hält der Westen am Hamid Karzai als Präsident und Partner der westlichen Geldgeber fest, obwohl der mittlerweile zum pauschalen Sinnbild für alles, was schlecht ist in Afghanistan erhalten muss. Gilles Dorronsoro, der seit vielen Jahren über Afghanistan forscht, hält deshalb mittlerweile alles, was der Westen in Afghanistan noch macht, für diskreditiert:

„The Western countries have less and less leverage on the regional powers (India, Pakistan) and not much more on the Afghan regime. On a more ideological ground, [the West has] discredited the idea of democracy and human rights (especially women's) for a very large segment of the population. The most [the West] can do is to be a go-between in a negotiation process, but ultimately a new phase of the civil war will probably start soon after the withdrawal“.¹⁰

10 Priv. Konversation, Waterloo (ON), 19. Mai. 2011, sowie per e-mail, 19. Mai. 2012; siehe auch Johnson (2011: 296–297) für eine ähnliche Einschätzung der begrenzten Rolle, die die UN spielen könnten.

Das Misstrauen gegenüber westlichen Akteuren, aber auch westlicher Akteure gegenüber ihren afghanischen ‚Partnern‘ ist, mit anderen Worten, so groß, dass kein externer Einfluss mehr ausgeübt werden kann. In einem solchen Klima gegenseitiger Abneigung kann keine Befriedung gelingen – und wohl auch keine gedeihliche Zusammenarbeit. Umgekehrt wird die Kampfmotivation der Aufständischen häufig überzogen dargestellt: Für viele junge Männer ist der Konflikt ein Abenteuerspielplatz, auf dem sich in einer männlich dominierten Gesellschaft ein Kriegermythos ausprobieren und Männlichkeit beweisen lässt (Giustozzi 2007, 39-40; 69-72).

Nicht alles, was dabei als Terrorismus angesehen wird, ist also auch wirklich Terrorismus von Leuten, die morgens mit dem Vorsatz aufstehen, den Westen heimzusuchen. Diese Wahrnehmung überlagert aber den Umgang mit den Staaten und Gesellschaften der islamischen Welt: Verstärkt noch durch den Irakkrieg nach 2003 wuchsen Misstrauen und Ablehnung gegenüber westlicher Politik. Nicht jeder jedoch, der diese Art von Außenpolitik ablehnt, ist deshalb ein Terrorist. Die Verstärkung einer vorwiegend gewaltbasierten Außenpolitik, die, betrieben in den USA von Neokonservativen, ihre eigene Form des Umgangs mit den Problemen der Welt als alternativlos darzustellen bemüht war, hatte anfangs durchaus Erfolg. Zu erinnern sei an Peter Strucks Hindukush-These (vgl. Michael Daxners Beitrag in diesem Band); aber auch nach dem Machtwechsel in Spanien, wo das katastrophale Krisenmanagement der Aznar-Regierung nach den Anschlägen auf die Vorortzüge mit ihrer Abwahl endete, geraunt wurde, Terroristen könnten auf jede Wahl Einfluss nehmen, wenn Wähler auf Anschläge mit Einknicken reagierten. Dabei ist gerade die Korrektur einer falschen politischen Entscheidung, im spanischen Fall die Teilnahme am Irakkrieg, Ausdruck souveränen Wählerverhaltens, das darin weit unabhängiger ist als stures Festhalten an falscher Politik (Kühn 2004). Die Argumente, die abweichende Meinungen als tendenziell den Terroristen dienlich demarkieren und so den eigenen Standpunkt untermauern wollten, sind inzwischen zwar weitgehend verschwunden und der Standpunkt der Neo-Cons weitgehend diskreditiert; gleichwohl verblieb ein Umgang mit insbesondere der islamischen Welt, der diese immer noch hierarchisch unter den Westen einordnet (Clapton 2009; Berlet 2007, siehe auch Aljets et al. in diesem Band).

4 AUFWERTUNG, SEMANTISCH: TERRORISMUS UND TERROR

Die Bedeutung des Terrorismus wurde noch in einem weiteren Aspekt aufgewertet: Gibt es einen semantischen Unterschied zwischen Terrorismus und Terror? Bis 2001 wurden unter „Terror“ in erster Linie staatliche Maßnahmen zur Einschüchterung missliebiger, oft dissidenter Personengruppen verstanden. Stalins Säuberungen oder auch die Khmer Rouge mit ihren Morden an Tausenden aus der intellektuellen Elite ihrer jeweiligen Länder, weil diese ihren Herrschaftsanspruch in Frage stellten, fielen unter diesen Begriff. Auch das Vorgehen der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung wurde unter dem Begriff „Terrorregime“ gefasst. Dabei war die öffentliche Wahrnehmung nicht zentral; die Betroffenen wussten schon, dass sie gemeint waren.

„Terrorismus“ wurde demgegenüber genannt, wenn substaatliche, weit weniger mächtige Gruppen mit öffentlichkeitswirksamen Anschlägen Aufmerksamkeit auf ihre Sache lenken wollten. Der erste, auf weltweite Aufmerksamkeit abzielende Anschlag war 1972 die Geiselnahme im olympischen Dorf in München durch den Schwarzen September – die Augen der Weltöffentlichkeit waren auf München gerichtet, so dass die erreichte Publizität enorm war. Ein Propagandaerfolg, gewiss, aber einer, der aus der Machtlosigkeit, diese Publizität auf anderem Wege zu erreichen, geboren war. Terrorismus wurde deshalb auch die Taktik der Machtlosen genannt (Hoffman 2002, 27-32; Chalk 1996, 17-22). Indem insbesondere die Bush-Administration, aber auch ungeprüft die meisten europäischen Regierungen nurmehr vom ‚Terror‘ zu sprechen begannen, schrieben sie den Terroristen semantisch viel mehr Macht zu als diese eigentlich hatten. Sie wanderten semantisch in einen Topf mit den Massenmördern, die durch Terror ihre Bevölkerungen einschüchterten und häufig zu Tausenden ermordeten. In der Anknüpfung an dieses semantische Wissen der Zuhörer wurden aus Studenten mit Teppichmessern kategorial dasselbe wie es Stalin, Hitler oder Pol Pot gewesen waren. Freilich nutzten diese hoch ausgefeilte und spezialisierte Repressionsapparate konsolidierter Staaten für ihre Zwecke. Die Überhöhung der Islamisten fand ihre Fortsetzung im permanent wiederholten Gerede vom ‚Islamofaschismus‘, das ihn auch auf der ideologischen Ebene dem Kampf gegen Hitlerdeutschland gleichsetzen sollte. Dem Terrorismus wurde dadurch ein gleichsam staatlicher Status zugeschrieben – wie ein Staat, der einen anderen angreifen und mit kriegertischer Gewalt überziehen kann, so sollten die Terroristen in der Lage sein, die Existenz eines Staates zu bedrohen. Um zu zeigen, wie gefährlich die Terroristen seien, wurde die Vorstellung vom klassischen Staatenkrieg aufgerufen. Dies ging bis zum Gerede von der ‚mushroom cloud‘, also

vom Atompilz, den es zu verhindern gelte. Ähnlich den Denkfabriken mussten die Geheimdienste Erkenntnisse liefern: „saying ‚we don’t know‘ in 2002 was not a politically viable option“ (Huiskens 2004, 14). Um Stimmung für den Krieg gegen den Irak zu machen, der ja angeblich mit den islamistischen Terroristen paktiert habe (eine aufgrund ideologischer Inkompatibilität vollkommen absurde Vorstellung), wurde eine für eine breite Öffentlichkeit nicht nachprüfbare Gemengelage von angeblich miteinander zusammenhängenden, kerngefährlichen Sicherheitsbedrohungen angerührt, der kaum zu widersprechen war.

Diese Argumentation setzte sich fort: Noch Ende 2011 verknüpfte Michael Steiner, Beauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan bis Anfang 2012, einen funktionierenden Staat in Afghanistan mit der Erwartung, dass dieser Terrorismus verhindere: Ein fortgesetztes Engagement liege deshalb im direkten Sicherheitsinteresse Deutschlands (Steiner 2011, 96). Auch bekräftigt Steiner, dass Afghanistan und Pakistan als *ein* Problem gedacht werden müssten – obwohl erhebliche Zweifel an der strategischen Weisheit der AfPak genannten Politik bestehen (vgl. dazu Kühn 2011, Lieven 2008, Horlohe 2009).

Daran wird nochmals erkennbar, mit welcher Übertreibung die Terroristen aufgewertet wurden, aber auch, wie schwer hinter die dabei verankerten vermeintlichen Gewissheiten zurückzugehen ist. Früher wurden Terroristen wie Kriminelle behandelt: In der alten Bundesrepublik wurden die Mitglieder der RAF explizit nicht als ‚Kriegspartei‘ behandelt, sondern aufgrund ihrer Taten strafrechtlich, nicht politisch verfolgt. Ihr Versuch, sich selbst aufzuwerten, wurde so durchkreuzt – in den letzten zehn Jahren waren die westlichen Staaten da sehr viel entgegenkommender, die Terroristen zumindest implizit als gleichwertige Gegner im ‚Krieg gegen den Terror‘ anzuerkennen. Gefangen genommene als ‚unlawful combatants‘, also als ‚unrechtmäßige Kämpfer‘ zu bezeichnen und sie mit diesem völkerrechtlich erfundenen Sonderstatus in Guantanamo auf unabsehbare Zeit festzusetzen, änderte daran wenig. Diese Praxis geht übrigens weiter – zwar hat Präsident Obama als ersten Amtsak die Order erteilt, Guantanamo zu schließen. Das ist aber an rechtlichen Problemen und dem Widerstand gegen eine Überstellung der Gefangenen auf das amerikanische Festland bisher gescheitert. Weniger bekannt ist aber, dass die Verhöre und das Festhalten in Afghanistan selbst, namentlich auf dem Stützpunkt Baghram, weitergehen. Auch die Presse, die in Afghanistan aus Sicherheitsgründen so gut wie nur noch ‚embedded‘ berichten kann, weiß darüber wenig zu sagen. Die unter Obama ebenfalls intensivierte Praxis, Menschen, die für Terroristen gehalten werden, mittels Drohnen gezielt zu liquidieren, ist ebenfalls kaum eine Zeile oder eine Sendeminute wert. Der Tod von Osama bin Laden wurde kaum als Tötung außerhalb gesetzlicher Bestimmungen problematisiert; die deutsche Kanzlerin

drückte sogar ihre Freude über dieses Ereignis aus, in der Erwartung, dass die Mehrheit der Diskursbeteiligten diese Freude teilen und die Tötung dadurch moralisch exkulpieren würden. Auch Präsident Obamas Diktum, dass der Gerechtigkeit damit Genüge getan sei (*„justice has been done“*) weist in diese Richtung (Bowcott 2011). In Pakistan wird demgegenüber häufig die Frage gestellt, wie die USA mit stillschweigender Billigung der anderen westlichen Staaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit predigen können, selbst aber foltern und ohne Gerichtsverfahren Menschen töten.

Gibt es darauf eine Antwort? Jedenfalls ist nicht bewiesen, dass diese Praxis ihre sicherheitspolitischen Ziele wirklich erreichen kann (Kühn 2006, 183). Hans-Joachim Gießmann hat darauf hingewiesen, dass der ‚Krieg gegen den Terror‘ mit großer Sicherheit mehr junge Menschen radikalisiert hat und zu potenziellen Terroristen gemacht hat als bekämpft wurden (Gießmann 2004, 34-37). Dieses Vorgehen weist aber auf das wohl größte Risiko hin, das Terrorismus für den demokratisch verfassten Staat darstellt, nämlich die Versuchung der Herrschenden, ihre Macht auf Kosten der Freiheit im Namen der Sicherheit auszubauen. Repressive Terrorismuspolitik neigt dazu, die elementaren Grundlagen des Staates zu unterlaufen, wie Paul Wilkinson warnt:

„It must be a cardinal principle of a liberal democracy in dealing with the problems of terrorism [...] never to be tempted into using methods which are incompatible with the liberal values of humanity, liberty and justice. It is a dangerous illusion to believe one can ‚protect‘ liberal democracy by suspending liberal rights and forms of government. Contemporary history abounds in examples of ‚emergency‘ or ‚military‘ rule carrying countries from democracy to dictatorship with irrevocable ease“ (Wilkinson 2005, 115).

Zusammenfassend ist zu sagen: dass der Terrorismus so überzogen dargestellt und dadurch politisch aufgewertet wurde, hat den Extremisten geholfen, ihre Sache weit über ihre gesellschaftliche Bedeutung hinaus publik zu machen. Mehr noch: Wenn Terrorismus eine ‚Provokation der Macht‘ ist, wie der Untertitel zu Peter Waldmanns ausgezeichnetem Buch über den Terrorismus (2005) lautet, dann hat das Zurückschlagen nach dem 11. September die Glaubwürdigkeit westlicher Werte erheblich untergraben und die moralische Überlegenheit des liberalen Modells in Frage gestellt. Der Glaubwürdigkeitsverlust der westlichen Normen dürfte eine der langfristigen Schäden sein, die zu beobachten sind (Pugh 2012, Kühn 2010, 342-344; 2012). In diesem Verständnis fordern die machtlosen Terroristen ihre Gegner heraus, um durch dessen überzogene Reaktion allen dessen Schlechtigkeit zu verdeutlichen. Überzeugt davon, dass der Angegriffene böse sei, wollen die Gewalttäter ihm die Maske vom Gesicht rei-

ßen, um auch anderen zu zeigen, dass sie damit recht haben. Dies scheint gelungen zu sein: Denn weltweit steht es nicht mehr gut um die Vorbildfunktion des Westens, und als Leuchtturm der Freiheit, als den sich die USA gerne begreifen, werden sie heute außerhalb nur noch von Wenigen angesehen. Die Art der Reaktion erlaubte es den islamistischen Propagandisten, ihre Sache als Reaktion auf eine vom Westen ausgehende Aggression gegen die Religion, letztlich als ‚Kampf der Kulturen‘ darzustellen – der Ausdruck vom Kreuzzug gegen den Terror, leichtfertig geäußert, dann halbherzig dementiert und implizit immer wieder bekräftigt, war Wasser auf den Mühlen derjenigen auf beiden Seiten, die den Konflikt eskalieren wollten. Indem der Terrorismus überschätzt und überzogen dargestellt wird, macht man es den Terroristen leicht.

5 AUSGRENZUNG UND GENERALVERDACHT: DIE DÄMONISIERUNG DES ISLAM

Die implizite Annahme, die ich schon erwähnt habe, derzufolge vor allem Islamisten, im weiteren Sinne Muslime, in der Lage zu sein scheinen, mit großer Kaltblütigkeit wahllos Menschen umzubringen, hat ein Klima von Islamophobie verstärkt, das politisch mittlerweile überall in Europa durch rechtsextreme Parteien instrumentalisiert wird. Das dadurch permanent ausgesendete Signal, dass man Muslime für potenziell gefährlich und im Grunde für Fremdkörper in westlichen, aufgeklärten, säkularen Gesellschaften hält, führt in vielen Fällen aber gerade nicht dazu, dass sich Muslime akzeptiert fühlen und sich mit den Gesellschaften identifizieren, deren Teil sie sind. Auch der mantraartige Hinweis, besonders in Deutschland, die Muslime müssten sich integrieren, kann da nicht weiterführen. Was hängen bleibt beim Leser des schon erwähnten ZDF-Experten Theveßen ist jedenfalls nicht seine Kritik am Umgang mit Migranten in Deutschland, sondern : „Was für ein mächtiges Signal wäre es, wenn hunderttausende von Muslimen gegen jede Art von Gewalt demonstrierten, meinerwegen gegen Kriege des Westens, aber eben auch gegen den Terrorismus der Islamisten in Palästina, Irak und Tschetschenien“ (Theveßen 2005, 214). Muslime sind, mehr noch als die deutsche Mehrheitsbevölkerung, zum primären Gegenstand des Präventionsstaats geworden, also nicht nur gesellschaftlichem, sondern vor allem auch institutionellem Misstrauen ausgesetzt.

Die immer nach Anschlägen geäußerte Forderung, die Muslime sollten sich von der Gewalt distanzieren, ist dabei besonders absurd. Jenseits der Geschichtsvergessenheit, dass sich christliche Kirchen etwa von der Gewalt in Nordirland nicht distanziert haben oder oft sogar mit den schlimmsten Regimen, etwa in La-

teinamerika, ideologisch kooperierten: Es ist beinahe so absurd wie vom Fan eines Fußballvereins, dessen Anhänger eklatant gegen Regeln verstoßen haben, zu fordern, er oder sie solle sich öffentlich von Becher-/Feuerzeug-/Papierknollenwerfern oder Bengalozündern distanzieren. Das heißt: Die Annahme, es gebe eine Art ideelles Band, das Muslime in stiller Übereinkunft zusammenhalte ist ebenso vormodern wie es die Vorstellung wäre, dass Fußballfans sich einig wären über Spieler, Taktik, Auswechslungen etc. Wer jemals in einem Fußballstadion war (das ließe sich wohl auf andere Sportarten übertragen), weiß, dass diese Vorstellung schlichtweg Unsinn ist.

Gefährlich an dieser Fiktion einer ideell homogenen Gruppe allerdings ist die damit verbundene Neigung, Konfliktlinien zu übertünchen und zu übersehen. Indem die westlichen Gesellschaften sich in ihrer Bedrohungswahrnehmung eingerichtet haben und ihre Selbsttäuschung von der Verteidigung der Freiheit reproduzieren (Croft 2012, 244-261), entgehen ihnen die Modernisierungsdynamiken und dadurch hervorgerufenen Modernisierungskonflikte, die in den muslimischen, insbesondere den arabischen Gesellschaften wirken. Diese sind komplex, haben wirtschaftliche Aspekte, zum Beispiel den Widerspruch zwischen Eigentümer- und Rentiersökonomien, aber kulminieren auch entlang religiöser Auffassungsunterschiede. Im Westen oft übersehen tobt ein Konflikt zwischen verschiedenen Interpretationsansätzen von Religion im Islam – einerseits zum Beispiel zwischen Schiiten und Sunniten (in ihrer verschärften Form des Wahhabismus und Salafismus). Gleichzeitig gibt es liberale Reformbewegungen, die aber nicht säkular sind und damit in die Kategorie ‚Islamisten‘ fallen (Etzioni 2007: 162-173; Baker 2010: 256). Aber auch solche Dichotomisierungen laufen Gefahr, Grauzonen zu übertünchen und insbesondere die zeitlichen Dynamiken zu übersehen, die Identitäten verändern. Die ‚Umgebungsbedingungen‘ vieler Gruppen sind religiös polarisierte Herrschaftssysteme, deren Legitimität in Frage steht und mit religiösen Begründungsmodellen erhalten werden soll. Religiöse Fragen nach dem Wahrheitsanspruch sind deshalb eng vermengt mit politischen Fragen der Herrschaft und Dominanz. Der schon erwähnte Zugriff auf Ressourcen verschärft dieses Problem oft noch (Tétreault 2004: 267-270).

Von vereinfachender Identitätspolitik sind also alle Gesellschaften betroffen, zumal kulturelle Diversität in einer globalisierten Welt, die auf das Eigene und das Andere fixiert ist, prägnanter auffällt. So spielen viele Regime im Nahen und Mittleren Osten ihre Machtrivalität aus, indem sie mit religiösem Sentiment ihre jeweiligen Bevölkerungen mobilisieren. Diese Politik der gesellschaftlichen Homogenisierung, also der fiktiven Vorstellung als politisches Konzept, Gesellschaften seien Kollektive Gleicher, ist zur existenziellen Bedrohungen für alle Arten von Minderheiten geworden (Becker 2009). Dabei leben vor allem religiö-

se Minderheiten gefährlich, und der gespiegelte Effekte der Islamophobie in Europa und Amerika (nicht nur den USA) ist eine Welle von Gewalt und Verfolgung von Christen, Zoroastern und anderen religiösen Gemeinschaften, beispielsweise auch und gerade muslimischer Sufis, in Staaten islamischer Prägung. Der gewaltsam ausgetragene Konflikt über die Deutungshoheit über die Wirklichkeit spielt sich besonders eskalierend in Pakistan aus, wo eine staatliche Ideologie, also eine nichtreligiöse Sinnstiftung des Staates immer vermieden wurde, indem die Eliten davon ausgingen, dass Pakistan als Heimstatt aller Muslime auf dem Subkontinent hinreichende Integration bewirke. Gesellschaftliche Widersprüche und Konkurrenz verschiedener Volks- und Interessensgruppen wurden so gelegnet und die Konflikte viel zu lange nicht adressiert (Cohen 2004, 226; Wilke 2005).

Ein großer Teil der Gewalt, die die westliche Öffentlichkeit als auf sich bezogen wahrnimmt, entspringt innermuslimischer Konflikte und Widersprüche. Selbst die wohlmeinendste Einmischung wirkt unter dieser Voraussetzung wie die Bevorzugung einer Seite, was wiederum die Abneigung gegen den Westen wachsen lässt. Umgekehrt lässt die Gewalt, deren Opfer vor allem Muslime sind, islamische Gesellschaften als weit hinter dem im Westen erreichten ‚Standard der Zivilisation‘ erscheinen. Der Begriff ‚Standard der Zivilisation‘, den Gerrit Gong (1984) geprägt und untersucht hat, beschreibt dabei einen überwältigenden Modus internationaler Politik. Die Staaten, die sich als auf vergleichbarem Level der Zivilisation sehen, sind untereinander erheblich dichter vernetzt als mit jenen, bei denen eine ‚Zivilisationsgefälle‘ wahrgenommen wird. Das beginnt bei diplomatischen Beziehungen, und es erstreckt sich auf Wirtschafts- und Kommunikationsbeziehungen, wechselseitiges Wissen um gesellschaftliche Strömungen, Mentalitäten, Diskurse bis hin zu stereotypen Zuschreibungen von Feindbildern. Anders formuliert: Der Westen kommuniziert vor allem mit sich selbst (Bliesemann de Guevara und Kühn 2010, 194-198). Umgekehrt herrscht in vielen muslimischen Ländern in Eliten aus Wissenschaft, Presse oder Politik ein oft schmerzhaftes Wissensdefizit über den Westen. Dass der Austausch mit anderen Gesellschaften nicht mehr gefördert wird, um dieses Wissensdefizit zu überbrücken oder wenigstens der Ausbeutung durch Populisten und Propagandisten zu entziehen, ist aus diesem Grund politisch kurzsichtig.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass die Schablone, auf der ein Konflikt zwischen islamischen Gesellschaften und dem Westen, im kulturellen Sinn zwischen rückständigem Islam und westlich-liberaler Moderne konstatiert und interpretiert wurde, deutlich zu kurz greift, um a) die Konfliktodynamik überhaupt zu verstehen und b) sie angemessen zu bearbeiten. Stattdessen erlaubt diese vereinfachende Gegenüberstellung, politisches Kapital zu schlagen aus einer Be-

drohungspitze, die letztlich auf beiden Seiten der konstruierten „Lager“ vorherrscht. Dieses modifizierte Sicherheitsdilemma, indem zwei Partner den jeweils anderen als Bedrohung wahrnehmen und deshalb so agieren, dass sie die Wahrnehmung des anderen erst recht untermauern, scheint die Politik der letzten zehn Jahre entscheidend geprägt zu haben. Aus Mangel an Informationen dem anderen die schlechtesten Absichten zu unterstellen galt zu Zeiten des Kalten Kriegs als sinnvolles Vorgehen, um nicht von den wirklich sinistren Absichten des anderen überrascht zu werden (Alexander 2012). Erst Gorbatschow, der diesen Teufelskreis durchbrach und glaubhaft machte, dass keine bösen Absichten vorhanden seien und so gegenseitige Vertrauensbildung ermöglichte, veränderte diese Wahrnehmung und erlaubte Reformen, die letztlich zum Ende der Ost-West-Konfrontation führte. Eine nüchterne Evaluation des Terrorismus, seiner Ursachen und seiner Akteure wäre deshalb ebenso vonnöten wie eine klare Vorstellung davon zu gewinnen, wo westliche Politik selbst Gewalt eskaliert, wo es ihr an Ideen, und letztlich auch wo es ihr an Gestaltungsmacht mangelt.

6 SCHLUSSBEMERKUNG: HEIMATDISKURS, FEINDBILDER UND MAINSTREAMING DER (VERMACHTETEN) WISSENSPRODUKTION

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die westliche Selbstvergewisserung noch nicht abgeschlossen ist. Der Kampf gegen den Terrorismus, der ja keineswegs beendet ist, sondern solange anhalten wird, solange eine (Be-) Drohung hinreichend glaubhaft in der Bevölkerung Bestand hat, schafft sich dabei zumindest teilweise die Realität, gegen die er vorzugehen vorgibt. Es hat sich erwiesen, dass es kontraproduktiv ist, den Kampf gegen Terrorismus dorthin zu tragen, wo er vermeintlich herkommt. Zu den Doppeldeutigkeiten zeitgenössischer Weltpolitik gehört dabei, dass mit starkem Impuls zur Veränderung und Reform nichtwestlicher Gesellschaften eigentlich die Erhaltung des Status Quo in machtpolitischer Dimension gemeint ist (Kühn 2012b). Während der Staat in-nergesellschaftlich entmachtet wird, beispielsweise indem seine Finanzierungspotenziale ideologisch ausgehöhlt werden, bleibt er sicherheitspolitisch die gesellschaftliche *conditio sine qua non*. Dies hat zu einer verzerrten Wahrnehmung, aber auch Erwartung an den Staat geführt. Die demokratische Errungenschaft, dass nicht der Mensch dem Staat dient, sondern der Staat den Menschen, muss jeden Tag aufs Neue eingeklagt werden – manchmal buchstäblich.

Dabei gilt es zu unterscheiden, was politisch dienlich ist und was die Gesellschaft, unter dem Vorwand, sie zu erhalten, so stark verändert, dass sie ihre ei-

genen normativen und ideellen Grundlagen verliert. Zuviel Rechte wurden bereits einfach preisgegeben, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit hat sich in der letzten Dekade gefährlich verschoben. Das Postulat eines „Grundrechts auf Sicherheit“, das im Grundgesetz implizit vorhanden sei, würde bedeuten, dass der Staat verpflichtet wäre, in unbegrenztem Ausmaß für Sicherheit zu sorgen, um sich keiner Versäumnisse schuldig zu machen (Meyer 2011, 254). Nur wenn die Wahrscheinlichkeit hinreichend sei, dass eine Gefahr auch eintrete, seien präventive Eingriffe in Grundrechte überhaupt möglich. Wie gezeigt worden ist, ist die Wahrscheinlichkeit allerdings zu gering, um überhaupt tätig zu werden. Außenpolitisch wäre überdies zu folgern, dass es keinen Sinn hat, die Welt nach eigenem Vorbild gestalten zu wollen – insbesondere dann, wenn nicht klar ist, welchem Zweck diese Umerziehung der Welt nach liberalem Vorbild dienen soll. Die Selbstverarmung der liberalen Gesellschaften jedenfalls bietet nur einen Anhaltspunkt, welche Gründe es gibt, dieses System für problematisch zu halten. Sicherheitspolitisches Handeln wirkt aus der Außenperspektive zu meist repressiv und untergräbt die Zielsetzungen. Terroristische Akte werden von den allermeisten Menschen in allen Kulturen abgelehnt. Wir sollten Terrorismus, mit Augenmaß und den Mitteln, die das Recht zur Verfügung stellt, wieder als kriminelles Handeln betrachten und nach zehn Jahren Hysterie damit beginnen, den Untergang der westlichen Welt als noch einmal vertagt anzusehen. Es ist an der Zeit für mehr Gelassenheit.

LITERATUR

- Alexander, Andrew. 2012. *America and the Imperialism of Ignorance. US Foreign Policy since 1945*. London: Biteback Publishing.
- Amadeu Antonio Stiftung. 2012. „Rechtsextremismus in Zahlen.“ <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/materialien/statistiken/> (aufgerufen am 19. Juli 2012).
- Baker, Raymond W. 2010. „Getting it wrong yet again: America and the Islamic mainstream.“ In *Islam in the Eyes of the West. Images and Realities in an Age of Terror*, hrsg. v. Tareq Y. Ismael und Andrew Rippin, S. 251-268. London und New York: Routledge.
- Baumgart-Ochse, Claudia. 2010. „An Hamas führt kein Weg vorbei.“ In *Friedensgutachten 2010*, hrsg. v. Christiane Fröhlich et al., S. 120-131. Berlin und Münster: LIT Verlag.

- Becker, Carmen. 2007. „Identitäten in translokalen Räumen: Islam in der arabischen Öffentlichkeit.” In *Der Nahe Osten im Umbruch*, hrsg. v. Martin Beck et al., S. 277-298. Wiesbaden: VS.
- Berlet, Chip. 2007. „The new political Right in the United States: Reaction, Rollback, and Resentment.” In *The New Conservatism: The Rise of the Right in America*, hrsg. v. Michael J. Thompson, S. 71-106. New York und London: New York University Press.
- Bliesemann de Guevara, Berit und Kühn, Florian P. 2010. *Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt*. Hamburg: edition Körberstiftung.
- Bowcott, Owen. 2001. „Osama bin Laden: US responds to questions about killing's legality.” *The Guardian*, 3. Mai. 2011, <http://www.guardian.co.uk/world/2011/may/03/osama-bin-laden-killing-legality> (aufgerufen am 23. Juli 2012).
- Buzan, Barry, Wæver, Ole und de Wilde, Jaap. 1998. *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder und London: Lynne Rienner.
- Chalk, Peter. 1996. *West-European Terrorism and Counter-Terrorism. The Evolving Dynamic*. Houndmills und London: Macmillan.
- Clapton, William. 2009. „Risk and hierarchy in international society.” *Global Change, Peace & Security* 21 (1), S. 19-35.
- Clark, Robert P. 1984. *The Basque Insurgents: ETA, 1952-1980*. Madison und London: University of Wisconsin Press.
- Cohen, Stephen P. 2004. *The Idea of Pakistan*. Washington: Brookings Institution Press.
- El-Ibiary, Rasha. 2011. „Questioning the Al-Jazeera Effect: Analysis of Al-Qaeda's media strategy and its relationship with Al-Jazeera.” *Global Media and Communication*. 7 (3), S. 199-204.
- Etzioni, Amitai. 2007. *Security First. For a muscular, moral foreign policy*. New Haven und London: Yale University Press.
- Fischer, Susanne. 2006. *Wählen lassen bis es passt? Demokratieförderung und Terrorismusbekämpfung in den palästinensischen Gebieten*. HSFK-Standpunkte, 5/2006, Frankfurt am Main.
- Freedom House. 2011. *License to Censor. The Use of Media Regulation to restrict Press Freedom*. http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline_images/License%20to%20Censor%20Media%20Regulation%20Report (aufgerufen am 23. Juli 2012).
- Gardner, Daniel. 2008. *The Science of Fear*. New York: Dutton.

- Gießmann, Hans-Joachim. 1997. „Das „logische Viereck“ – Anmerkungen zum Terrorismusbegriff.“ *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden* 15 (4), S. 264-269.
- Gießmann, Hans-Joachim. 2004. „Terrorismus und Frieden.“ In *Friedensgutachten 2004*, hrsg. v. Christoph Weller et al., S. 33-41. Münster: LIT Verlag.
- Giustozzi, Antonio. 2007. *Koran, Kalashnikov and Laptop. The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan*. London: Hurst and Company.
- Gong, Gerrit. 1984. *The Standard of 'Civilization' in International Society*. Oxford: Clarendon.
- Gutkowski, Stacey. 2011. „Secularism and the Politics of Risk: Britain's Prevent Agenda, 2005–2009.“ *International Relations* 25(3), S. 346-362.
- Hoffman, Bruce. 2002. *Terrorismus: Der unerklärte Krieg*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Horlohe, Thomas. 2009. „Die neue US-Strategie für Afghanistan und Pakistan.“ *Sicherheit + Frieden* 27 (4), S. 251-259.
- Huisken, Ron. 2004. *We don't want the smoking gun to be a mushroom cloud: intelligence on Iraq's WMD*. Canberra: Australian National University.
- JDW. 1997. „Terrorism: fewer incidents, higher casualties.“ *Jane's Defence Weekly* 27 (18), S. 3.
- Jenkins, Brian M. 1975. „International Terrorism: A New Mode of Conflict“ In *International Terrorism and World Security*, hrsg. v. David Carlton und Carlo Schaerf, S. 13-49. London: Croom Helm.
- Jenkins, Brian M. 2006. „The New Age of Terrorism.“ In *McGraw-Hill Homeland Security Handbook*, hrsg. v. David G. Kamien, S. 117-130. New York: McGraw-Hill.
- Johnson, Rob. 2011. *The Afghan Way of War. Culture and Pragmatism: A Critical History*. London: Hurst and Company.
- Klemm, Verena und Hörner, Karin, Hrsg. 1993. *Das Schwert des Experten. Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild*. Heidelberg: Palmyra.
- Kühn, Florian P. 2004. „Dem Terror nicht nachgegeben.“ *Das Parlament* 29. März, S. 11.
- Kühn, Florian P. 2006. „Politische Partizipation der Hamas – eine Friedensstrategie für Palästina?“ In *Zum Verhältnis von Religion und Konflikt im Nahostkonflikt*, hrsg. v. Christiane Fröhlich und Tanja Rother, S. 181-210. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft.
- Kühn, Florian P. 2010. *Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft. Liberales Paradigma und Statebuilding in Afghanistan*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Kühn, Florian P. 2011. „Less is more: International intervention and the limits of external stabilization.“ *Canadian Foreign Policy Journal* 17 (1), S. 62-74.
- Kühn, Florian P. 2012a. „Why statebuilding upends state-formation“ In *Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention*, hrsg. v. Berit Bliesemann de Guevara, S. 21-39. London und New York: Routledge.
- Kühn, Florian P. 2012b. „The Peace Prefix: Ambiguities of the Word ‚Peace‘“ *International Peacekeeping* 19 (3), im Druck.
- Kydd, Andrew H. und Walter, Barbara F. 2006. „The Strategies of Terrorism.“ *International Security* 31 (1), S. 49-80.
- Laqueur, Walter. 1987. *The Age of Terrorism*. Boston und Toronto: Little, Brown and Company.
- Laqueur, Walter. 1996. „Postmodern Terrorism.“ *Foreign Affairs* 75 (5), Sept./Oct., S. 24-36.
- Lieven, Anatol. 2008. „Do no harm.“ *The National Interest* March/April, S. 16-20.
- Malthaner, Stefan. 2011. *Mobilizing the Faithful. Militant Islamist Groups and their Constituencies*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Meyer, Berthold. 2011. *Konfliktregelung und Friedensstrategien*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Miles, Hugh. 2011. „The Al Jazeera Effect.“ *Foreign Policy* 8. Februar, http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/02/08/the_al_jazeera_effect (aufgerufen am 18. Juli.2012).
- Müller, Erwin. 1996. „Terrorismus‘: Bemerkungen zu einem brisanten Thema.“ *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden* 14 (4), S. 242-247.
- Mueller, John. 2005. „Six rather Unusual Propositions about Terrorism.“ *Terrorism and Political Violence* 17, S. 487–505.
- OSZE. 2010. *OSZE Jahresbericht 2010*. <http://www.osce.org/de/sg/76335> (aufgerufen am 18. Juli 2012).
- Packer, George. 2006. „Knowing the Enemy.“ *The New Yorker* 18. Dezember.
- Petretto, Kerstin. 2011. *Diebstahl, Raub und erpresserische Geiselnahme im maritimen Raum. Eine Analyse zeitgenössischer Piraterie*. Hamburg: PiraT-Arbeitspapiere zur Maritimen Sicherheit Nr. 8.
- Porter, Roy. 2001. *The Enlightenment*. Houndmills und New York: Palgrave.
- Prantl, Heribert. 2011. „Vergiftete Paragraphen.“ *Süddeutsche Zeitung* 21.Juli. <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsstaat-nach-vergiftete-paragraphen-1.1122669> (aufgerufen am 18. Juli 2012).
- Pugh, Michael. 2012. „Reflections on Aggressive Peace.“ *International Peace-keeping* 19 (3), im Druck.

- Schneckener, Ulrich. 2005. *Die soziale Konstruktion des Terrorspezialisten. Terrorismusforschung zwischen Medienlogik und Politikberatung*. SWP-Diskussionspapier 2005/03, Berlin.
- Sivak, Michael und Flannagan, Michael J. 2004. „Consequences for Road Traffic Fatalities of the Reduction in Flying Following September 11, 2001“ *Transportation Research Part F*, 7, S. 301-305.
- SPON. 2011. „Deutschland will Saudi-Arabien Kampfpanzer liefern.“ *Spiegel online* 2. Juli 2011. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/waffen-deal-deutschland-will-saudi-arabien-kampfpanzer-liefern-a-771989.html> (aufgerufen am 18. Juli 2012).
- Steiner, Michael. 2011. „Die Konsequenz der Solidarität“ *Internationale Politik* 66 (6), S. 94-99.
- Tétreault, Mary Ann. 2004. „The Political Economy of Oil.“ In *Understanding the Contemporary Middle East*, hrsg. v. Deborah J. Gerner und Jillian Schwedler, S.249-272. Boulder und London: Lynne Rienner.
- Theveßen, Elmar. 2002. *Schläfer mitten unter uns*. München: Droemer Knaur.
- Theveßen, Elmar. 2005. *Terroralarm. Deutschland und die islamistische Bedrohung*. Berlin: rowohlt.
- Tuchman, Barbara W. 1984. *Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Turner, Mandy. 2012. „Completing the Circle: Peacebuilding as Colonial Practice in the Occupied Palestinian Territory.“ *International Peacekeeping* 19 (3), (im Druck).
- Van Creveld, Martin. 2009. *Die Gesichter des Krieges. Der Wandel bewaffneter Konflikte von 1900 bis heute*. München: Siedler Verlag.
- Waldmann, Peter. 2005. *Terrorismus – Provokation der Macht*. Hamburg: Murmann Verlag.
- Wæver, Ole. 1995. „Securitization and Desecuritization.“ In *On Security*, hrsg.v. Ronnie D. Lipschutz, S. 46-86. New York: Columbia University Press.
- Weber, Max. 1994. „Wissenschaft als Beruf, 1917/1919 - Politik als Beruf 1919“. In *Max Weber Studienausgabe (MWS)*, I/17, hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Wilke, Boris. 2005. „Boundaries of state and military in Pakistan.“ In *The dynamics of states. The formation and crises of states*, hrsg. v. Klaus Schlichte, S. 183-210. Aldershot: Ashgate.
- Žižek, Slavoj. 2011. *Gewalt: sechs abseitige Reflektionen*. Hamburg: Laika Verlag.

